



DAS ROTE TUCH

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

14. Juli 2017
Preis: 0,50 €

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotskistisch)

Voll beschäftigt... und arm: Das Wahlversprechen der CDU für uns Arbeitende!

Merkel und die CDU machen jetzt Wahlkampf mit dem Versprechen, bis 2025 „Vollbeschäftigung“ zu erreichen. Unter der CDU sei die Arbeitslosigkeit bereits auf (offiziell) 5,5% gesunken, sie wolle diese erfolgreiche Politik fortsetzen.

Eine erfolgreiche Politik? Was soll daran ein Erfolg sein, dass zwar weniger Menschen offiziell arbeitslos sind, aber dafür mittlerweile über 4 Millionen Berufstätige unter der Armutsgrenze leben, doppelt so viele wie noch vor zehn Jahren? Was haben wir von neuen Arbeitsplätzen, die schlechter oder kaum besser bezahlt werden als HartzIV und die die Armut vergrößern statt sie zu verringern? Und die dazu führen, dass bald jeder fünfte Rentner und jede dritte Rentnerin weniger als 958 Euro Rente hat – kaum genug für Wohnung und Essen?

Es ist schon eine Lüge, überhaupt von mehr Arbeitsplätzen zu sprechen. In Wahrheit werden insgesamt sogar weniger Stunden gearbeitet als noch vor 25 Jahren. Es gibt nur deshalb statistisch mehr Arbeitsplätze, weil die Bosse Vollzeitjobs in mehrere Minijobs oder Teilzeitstellen aufgespalten haben. Von den 3,5 Millionen „neuen“ Arbeitsplätzen, die in den letzten 15 Jahren entstanden sind, waren 2 Millionen Minijobs!

Millionen Arbeitende haben also einen Job gefunden, aber keinen Vollzeitjob, sondern einen Job, dessen Lohn nie zum Leben reicht; ja wo man selbst mit zwei oder drei Jobs oft so wenig verdient, dass man am Ende eines Monats harter Arbeit zum Jobcenter gehen und um HartzIV-Aufstockung bitten muss. Ja, mittlerweile sind nur noch 40% aller HartzIV-Empfänger arbeitslos. 60% gehen arbeiten, aber brauchen zu ihrem Lohn noch HartzIV.

Und die Vernichtung von festen Vollzeitstellen hört nicht auf. Allein in den letzten zwei Wochen haben die vier Konzerne Bombardier, ThyssenKrupp, Vodafone und Commerzbank die Vernichtung

von insgesamt 10.000 Arbeitsplätzen in Deutschland angekündigt.

Darüber hinaus werden immer mehr Vollzeitjobs durch unsichere, schlechter bezahlte Leiharbeits- und befristete Jobs ersetzt, oder durch Fremdfirmen.

Wie viele Arbeiter wurden mit 50 oder 55 Jahren bei einer der vielen Entlassungswellen der letzten Jahre arbeitslos, konnten dann – wenn überhaupt – nur schlechter bezahlte, meist Leiharbeitsjobs finden... und haben heute eine Armutsrente!

Wie vielen wurde die Pistole auf die Brust gesetzt und gesagt: Wir lagern deinen Bereich an eine Fremdfirma aus. Entweder du wechselst dahin und akzeptierst 9 oder 10 Euro Stundenlohn – oder du sitzt auf der Straße!

Wie viele Jüngere hatten noch nie etwas anderes als befristete Verträge oder Leiharbeit und müssen immer wieder zwischendurch zum Arbeitsamt!

Auch wenn sie Vollzeit arbeiten, müssen viele von ihnen jeden Euro dreimal umdrehen, müssen spätestens ab Mitte des Monats bei jeder Ausgabe rechnen. Und jede unvorhergesehene Rechnung kann sie in die Verschuldung treiben.

40% der Arbeitenden sind bereits Leiharbeiter, Minijobber, befristet oder in Teilzeit! So sieht ihr „Jobwunder“ wirklich aus. Und der Plan der Konzerne ist, dass es nicht dabei bleibt. Wenn es nach ihnen geht, sollen wir irgendwann alle zu solchen Bedingungen arbeiten.

Wenn Merkel verspricht, diesen Weg fortzusetzen und so angeblich Vollbeschäftigung zu schaffen, dann ist dies für uns Arbeiter kein Wahlversprechen, sondern eine Drohung. Es bedeutet: Merkel wird den Bossen weiter helfen, uns nach und nach in unsichere Jobs mit Niedriglöhnen zu drängen. Und die SPD würde dasselbe tun. Auf diese Angriffe müssen wir uns vorbereiten. Das fängt damit an, uns nicht in die Irre führen zu lassen. Ihre Propaganda von

den „vielen freien Arbeitsplätzen“ dient nämlich auch dazu, die Idee zu verbreiten: Wer heute arbeitslos ist, sei selber schuld. Wie CDU-Generalsekretär Tauber getwittert hat: "Wenn Sie was Ordentliches gelernt haben, dann brauchen Sie keine drei Minijobs."

Eine widerliche Lüge! Selbst die Arbeitenden in Altenheimen oder Kitas, die angeblich dringend gesucht werden, bekommen oft nur Teilzeit und befristete Verträge, und sind zwischendurch arbeitslos. Und wie vielen Arbeitslosen werden, wenn überhaupt, nur Jobs „angeboten“, bei denen sie genauso arm bleiben wie ohne Arbeit. Dennoch nehmen die meisten in ihrer Verzweiflung selbst diese Jobs an.

Die HartzIV-Empfänger sind die Opfer der Arbeitslosigkeit, nicht ihre Verursacher. Verantwortlich für die Armut, ebenso wie für all die unsicheren und immer härteren Arbeitsplätze sind die Kapitalisten, die mit Stellenabbau und Lohnrückerei dafür sorgen, dass ihre Profite trotz Weltwirtschaftskrise weiter in den Himmel wachsen. Verantwortlich sind auch die Regierungen, die ihnen helfen.

Gegen sie müssen wir unsere Wut richten, wenn wir wollen, dass sich an unserer Lage etwas ändert. Gegen die Profitlogik des Kapitals müssen wir ein Verbot von Entlassungen und Stellenabbau erkämpfen. Und wir müssen erkämpfen, dass wir kontrollieren, was sie mit dem gigantischen Reichtum machen, den wir ihnen erarbeitet haben – und sie zwingen, diesen Reichtum zuallererst für den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen einzusetzen, statt für den Kauf anderer Firmen, für Spekulation, für Luxusyachten oder Waffen.

Einfach wird das nicht, aber es ist unsere einzige Chance. Denn eins ist mit Sicherheit eine Utopie: Zu hoffen, dass die Fäulnis des Kapitalismus, seine wachsende Ausbeutung, Verelendung und Barbarei uns auf Dauer verschont.

G 20: Ein Spiegel ihrer Gesellschaft

Zwei Tage haben sich in Hamburg die Staatschefs der 20 größten Wirtschaftsmächte getroffen, darunter die USA, die EU, Russland, Türkei und Saudi-Arabien: Um gemeinsame Erklärungen zu verfassen, die das Papier nicht wert sind, auf dem sie stehen. Denn selbst während des Gipfels konnten die Großmächte ihre wachsenden wirtschaftlichen und politischen Konflikte untereinander kaum unterdrücken – Konflikte, die noch unabsehbare Folgen für die ganze Menschheit haben können. Und nach dem Gipfel gingen ihre Auseinandersetzungen sofort weiter.

Für diese zwei Tage leerer Worte haben sie nun viel Geld ausgegeben und mehrere Wochen lang der Bevölkerung Hamburgs das Leben schwermgemacht. Sie musste zig Sperrungen, Staus und Einschränkungen ertragen, weil diese wichtigen Staatschefs sich unbedingt

mitte in einer Großstadt treffen mussten – aber bitte trotzdem abgeschirmt von der realen Welt und von den vielen Zehntausenden, die gegen die Folgen ihrer Politik, gegen Krieg, Umweltzerstörung und die Ausbeutung der Dritten Welt demonstrierten.

Für die Medien und Politiker waren die kleine Minderheit Autonome, die mit ihren Methoden allen (Einwohnern wie Demonstranten) geschadet haben, eine willkommene Gelegenheit, um über die große Masse der Proteste und ihre Inhalte zu schweigen – ja letztlich alle linken Organisationen und Bewegungen mit zu verunglimpfen.

Die Politiker könnten sich bei den Autonomen bedanken. Jetzt hat die Regierung einen weiteren Vorwand, die Rechte und Bewaffnung der Polizei auszubauen, die staatliche Überwa-

chung politisch Andersdenkender zu erweitern, Demonstrationsrechte für alle weiter einzuschränken.

Das Schanzenviertel ist für die Politiker zum quasi einzigen Wahlkampfthema geworden. Von Fragen wie Rente, Mieten oder sonstigen täglichen Problemen der einfachen Bevölkerung ist gar keine Rede mehr. Alle Politiker und Medien tun so, als wären einige dutzend zerbrochene Schaufenster und verbrannte Autos das schlimmste und wichtigste Ereignis auf der Welt.

Doch dieselben Politiker finden sich sehr gut ab mit dem Chaos, dem Elend, der Gewalt und dem Krieg, die eben diese kapitalistischen Wirtschaftsmächte weltweit verursachen und unter denen die ganze Menschheit zu leiden hat – angefangen bei den Menschen in Syrien, in Ostafrika, dem Jemen oder der Ukraine.

Mossul: Nach dem Sieg über den IS gehen Elend und Krieg weiter

Nach neun Monaten schlimmster Kämpfe sind die Banden des Islamischen Staates (IS) aus Mossul vertrieben worden, der zweitgrößten Stadt im Irak. Viele Einwohner sind froh, dass der IS endlich weg ist. Doch von einer „Befreiung“, wie die Medien es nennen, kann leider keine Rede sein. Das Elend und der Krieg gehen weiter.

800.000 Menschen sind während der Kämpfe geflohen, tausende sind gestorben. Die einen, weil sie vom IS als menschliche Schutzschilder verwendet wurden.

Noch mehr jedoch starben unter den Bomben, die die US-Truppen und ihre Verbündeten auf die Stadt warfen. Dazu Munition mit weißem Phosphor, das ganze Stadtviertel zu Schutt und Asche verbrannt hat. Und weder die USA noch die übrigen Beteiligten werden helfen, die vollkommen zerstörte Stadt wieder aufzubauen.

Auch die Diktatur geht weiter. Die Verbündeten haben die Stadt militärisch besetzt, und man hört bereits von Folter



und Morden an politischen Gegnern. Doch vor allem beginnen schon jetzt die ersten Konflikte unter den „Befreierten“.

Denn sowohl die irakische Armee, hinter der die USA stehen, als auch die vom Iran finanzierten Truppen wollen die sehr ölreiche Region um Mossul für sich alleine haben. Die kurdischen Milizen wollen ihrerseits im kurdischen Gebiet, zu dem Mossul gehört, einen eigenen Staat gründen. Und die ebenfalls beteiligten türkischen Truppen wollen genau das verhindern. Kaum

vom IS befreit, erwartet die Bevölkerung also bereits der nächste Krieg.

Die imperialistischen Großmächte und Regionalmächte sind nur noch in der Lage, Krieg, Zerstörung und Instabilität zu bringen. Ihr Weltsystem ist zu verfault und kaputt, der Kampf um Rohstoffe, um wirtschaftliche und politische Einflussgebiete angesichts der weltweiten wirtschaftlichen Krise zu massiv geworden.

Um den endlosen Krieg zu beenden, muss man den Imperialismus, das kapitalistische Weltsystem beenden!

EU-Konferenz in Tallin: Sie lassen die Flüchtlinge lieber ertrinken?

Noch immer weigern sich die meisten EU-Staaten, Flüchtlinge aufzunehmen. Nach zum Teil jahrelanger Flucht und einer lebensgefährlichen Fahrt über das Mittelmeer stranden die meisten von ihnen in Italien. Auf ihrer Konferenz in Tallin nun haben die Staaten beschlossen, die Zahl der ankommenden Flüchtlinge weiter zu senken, indem sie sie... im Mittelmeer ertrinken lassen!

Seit dem Abkommen mit der Türkei versuchen die meisten, auf der sehr viel gefährlicheren Strecke von Libyen aus nach Italien zu gelangen.

Fast alle ihre völlig überfüllten Boote geraten schon nach kurzer Zeit in Seenot. Keiner weiß, wie viele Leichen im Mittelmeer verschwunden sind, das sich in ein riesiges Massengrab verwandelt.

Dank der Hilfsorganisationen, die Tag für Tag mit ihren Schiffen das Meer ab-

suchen, konnten seit Anfang des Jahres 80.000 Flüchtlinge gerettet und nach Italien gebracht werden.



Genau das wollen die EU-Staatschefs jetzt verhindern. Sie, von denen die meisten für die Flüchtlinge auch wirklich nichts tun, führen nun eine ekelige Verleumdungskampagne gegen die Hilfsorganisationen. Zynisch behaupten sie: Wenn keine Flüchtlinge mehr gerettet würden, dann würde dies die

nächsten Flüchtlinge davon abhalten, es überhaupt zu versuchen. Sie wissen, dass dies nicht stimmt. Menschen, die vor Krieg, Ausbeutung, Hunger oder bewaffneten Banden fliehen, klammern sich an jeden noch so kleinen Strohalm. Sie werden es weiter versuchen, selbst wenn fast alle sterben – denn jede noch so kleine Hoffnung ist besser als keine Hoffnung.

Diesen Menschen jede legale Einreise

zu verweigern und sie damit zu zwingen, mit Hilfe von Schleusern einen illegalen, lebensgefährlichen Weg zu nehmen, ist bereits schlimm genug. Ihnen nun quasi beim Ertrinken zuzusehen und nicht zu helfen, ist barbarisch! Es zeigt, welchen Grad von Verfall unsere angeblich zivilisierte Gesellschaft bereits erreicht hat.

St. Josef-Krankenhaus (Essen): Nein zu 39 Kündigungen!

39 Arbeiterinnen und Arbeiter, die im St. Josef-Krankenhaus (Essen-Werden) in der Küche arbeiten, haben erfahren, dass sie entlassen werden.

Das Uniklinikum Essen hat vor einigen Jahren das St. Josef-Krankenhaus aufgekauft und jetzt beschlossen, die Küche dort zu schließen. Stattdessen soll das Essen von einer privaten Firma angeliefert werden, deren Arbeiter zu wesentlich schlechteren Löhnen und Bedingungen arbeiten müssen.

Und die 39 Arbeiterinnen und Arbeiter der Küche im St. Josef-Krankenhaus sollen die Folgen dieser Entscheidungen tragen? Sie sollen ihren Arbeitsplatz verlieren, nachdem sie zum großen Teil seit 20, 30, ja einige sogar seit 40 Jahren dort arbeiten?

Das Uniklinikum Essen selber gehört zum Öffentlichen Dienst. Wenn dort eine Abteilung schließt, ist das Klinikum verpflichtet, den Betroffenen andere, vergleichbare Arbeitsplätze anzubieten. Und wenn die Uniklinik-Leitung schon andere Krankenhäuser aufkauft, dann müssen dort auch die gleichen Bedingungen und Rechte für die Arbeitenden gelten.

Entsprechend fordern die Kolleginnen und Kollegen, dass das Klinikum sie übernimmt und sie einen Arbeitsplatz mit gleichem Lohn bekommen.

Einzelhandel:

Das Geld landet auf dem falschen Konto

Seit mehreren Wochen fordern tausende Verkäuferinnen der großen Einzelhandelskonzerne 1 Euro mehr Lohn pro Stunde, das sind ungefähr 6 bis 7% Lohnerhöhung.



Die Konzernchefs behaupten mit Tränen in den Augen, eine solche Forderung würde sie angesichts des hohen Konkurrenzdrucks im Einzelhandel ruinieren. Doch mit diesem Theater erreichen sie bei den Verkäuferinnen eher das Gegenteil. Denn die meisten Konzernchefs, für die sie arbeiten, gehören zu den 50 reichsten Deutschen, mit jeweils mehreren Milliarden Euro Privatvermögen. Das gilt für Besitzer von Aldi, Lidl, Real, Metro, Bauhaus, Rossmann, dm...

Sie alle sind reich geworden durch die Arbeit und die Ausbeutung zehntausender Verkäuferinnen und Verkäufer. Und die sagen sich: Solange unsere Firmenchefs Jahr für Jahr Millionen aus den Firmen auf ihre Privatkonten überweisen können, ohne „die Firma zu ruinieren“, können sie uns gefälligst auch 1 Euro mehr pro Stunde auf unser Konto überweisen.

ThyssenKrupp: Die Arbeitsplatz-Vernichter sind im eigenen Konzern

Im April 2016 hatte der Vorstand von ThyssenKrupp die Arbeiter dazu aufgerufen, gemeinsam für den Erhalt der Arbeitsplätze und der Stahlindustrie auf die Straße zu gehen – gegen die „ausländische Konkurrenz und die EU“. Und die IG Metall hatte dabei mitgemacht.

Ein Jahr später ist offensichtlich: Diejenigen, die die Arbeitsplätze am meisten gefährden und gegen die die Arbeiter sich verteidigen müssen, sind die Bosse von ThyssenKrupp selber.

Die damaligen Forderungen von ThyssenKrupp (Strafzölle auf chinesischen Stahl und Ausnahmen beim Klimaschutz) hat die Regierung alle erfüllt. Die Auftragslage ist super. Und nun? Nun hagelt es Entlassungen – und zwar in allen Teilen des Konzerns!

Erst diese Woche haben sie angekündigt, 2.500 Kolleginnen und Kollegen in den verschiedenen Verwaltungen des Konzerns zu entlassen, davon die Hälfte in Deutschland.

Und warum sollen diese Arbeitenden ihren Arbeitsplatz verlieren? Einzig, um die Gewinne für die Aktionäre um 400 Millionen Euro zu steigern. Die

Aktionäre besitzen bereits ein Vermögen, die kommen auch ohne weitere Gewinne klar. Aber wir haben nichts als unseren Arbeitsplatz, und den brauchen wir!

Dasselbe gilt für die Stahlsparte. Hier haben die Bosse erst vor wenigen Monaten angekündigt, 500 Millionen Euro jährlich mehr herauspressen zu wollen – um sie anschließend vielleicht ganz zu verkaufen. Eine Gruppe nach der anderen erfährt nun von ihrer Entlassung: Erst 300 Arbeiter im Grobblechwerk in Duisburg-Hüttenheim, jetzt 400

bis 600 Kollegen in der Stahlverwaltung. Und wer ist als nächstes dran?

Die Bosse von ThyssenKrupp versuchen es mit Salami-Taktik, doch am Ende wollen sie keine Sparte und keine Berufsgruppe verschonen. Die verschiedenen kleineren Aktionen, die im Mai im Hamborner Werk gegen den Stellenabbau im Grobblechwerk Hüttenheim stattgefunden haben, ebenso die dortige Protestkundgebung von 7.500 Arbeitern sind erste Antworten der Arbeitenden gegen die Salami-Taktik. Wer einen von uns angreift, greift alle an!



Daimler Untertürkheim: Wenn der Erpresser zu offensichtlich lügt

Es ist immer dasselbe: Jedes Mal, wenn ein Autokonzern ein neues Modell produzieren will, versucht der Konzern, die einzelnen Standorte gegeneinander auszuspielen. Sie behaupten: Der Standort, dessen Arbeiter ‚am günstigsten produzieren‘, also am meisten verzichten, würde den Auftrag bekommen.

In Wahrheit haben die Konzernchefs schon vorher entschieden, wo sie das Modell produzieren lassen. Doch durch den angeblichen Wettbewerb zwischen den Standorten können sie jedes Mal vorher noch Verschlechterungen von den Arbeitern erpressen und dabei gleichzeitig die Idee verbreiten: „Jeder Arbeiter hat sein Schicksal selber in der Hand. Wer vernünftig ist und verzichtet, der kann seinen Arbeitsplatz und die Zukunft des Werks sichern.“

Im Motorenwerk von Daimler in Untertürkheim aber hat ihre Masche diesmal

nicht funktioniert.

Daimler hatte angekündigt, die Batteriefertigung für Elektro-Motoren und eine Versuchswerkstatt für Elektro-Antriebe nach Untertürkheim zu geben, mit insgesamt 250 Arbeitsplätzen. Aber nur, wenn dafür alle 19.000 Arbeiter in Untertürkheim 3 Tage im Jahr mehr arbeiten. Und obendrein sollte die Batteriefabrik noch als eigenständige Tochterfirma gegründet werden – ohne Tarifvertrag!

Eine Metallfabrik ohne Tarifvertrag: Diese Zustände kennt man von kleinen Krautern, von mittelständischen Firmen. Jetzt sind wir so weit, dass ein Konzern wie Daimler sie einführen will.

Daimler hat tatsächlich versucht, die 19.000 Arbeiter damit zu erpressen, dass die Zukunft ihres ganzen Werks auf dem Spiel stehe, wenn die kleine Batteriefabrik mit ihren 250 Arbeitsplät-

zen nicht nach Untertürkheim käme. Schließlich wären Elektro-Motoren die Technologie der Zukunft.

Diese Erpressung war so absurd, dass die Bosse sich damit verraten haben. Und die Daimler-Arbeiter haben entsprechend reagiert. Sie haben sich geweigert, auf einen Tarifvertrag zu verzichten oder 3 Tage mehr zu arbeiten, und haben dies auch deutlich gezeigt.

Mehrfach haben sie für ein bis zwei Stunden die Arbeit niedergelegt. An zwei Samstagen haben sie keinen einzigen Motor hergestellt. Was dazu führte, dass die Bänder im Mercedes-Werk in Sindelfingen, wo diese Motoren in die E-Klasse eingebaut werden, ebenfalls stillstanden.

Und komisch: Nun kommen Batteriewerk und Versuchswerkstatt trotzdem nach Untertürkheim, quasi ohne Verzicht.

VW Bratislava: Streik gegen Lohndumping

6 Tage lang haben 8.000 Arbeiter des VW-Werks in Bratislava (Slowakei) gestreikt und damit 13,5% Lohnerhöhung durchgesetzt.

Die Arbeiter bauen dort den Audi Q7, den VW Touareg, den Porsche Cayenne – alles teure Autos. Und das... für 1.800 Euro brutto, nicht einmal halb so viel wie ein VW-Arbeiter in Deutschland verdient.

Es ist ihr erster Streik seit Gründung des Werks im Jahr 1991. Doch nachdem in

der Slowakei ein Autowerk nach dem anderen eröffnet hat und Jaguar gerade ein weiteres Werk im Nachbarort baut, haben sie langsam die Nase voll, sich schweigend weiter zu diesen niedrigen Löhnen ausbeuten zu lassen.

VW hat ihnen versucht zu drohen: Wenn sie höhere Löhne zahlen müssten, würden sie „zu teuer“ und der Standort Slowakei wäre auf Dauer nicht mehr interessant. Doch die Arbeiter haben sich nicht einschüchtern lassen.

6 Tage lang lief fast kein Auto vom Band. Dann hat die VW-Führung nachgegeben.

Der Streik hat in ganz Osteuropa viel Aufmerksamkeit erregt, und die Bosse haben Sorge, er könne die Arbeiter anderer Autowerke noch auf Ideen bringen.

Denn die Arbeiter von VW haben vorgeführt, dass die Arbeiter nicht dazu verdammt sind, stillschweigend alle Ausbeutung und Erpressung hinzunehmen, sondern dass sie eine Waffe haben, ein mächtiges Druckmittel, um sich den Kapitalisten entgegenzustellen. Und diese Waffe ist der Streik!



Ein System grenzenloser Verantwortungslosigkeit

Die deutschen DAX-Konzerne (ohne Banken und Versicherungen) haben in den letzten Jahren gigantische 611 Milliarden Euro Schulden gemacht. Und zwar, weil sie – wie bei Bayer oder Fresenius – für große Milliardensummen andere Firmen aufgekauft haben.

Zum Teil haben sie sogar Schulden gemacht, um die Aktien ihres eigenen Konzerns zurückzukaufen und zu vernichten. Dadurch können sie ihren Aktionären höhere Dividenden bescheren: Wenn nämlich weniger Aktien eines Unternehmens existieren, dann wird pro Aktie mehr Gewinn ausgezahlt.

Derzeit sind die Zinsen für diese riesigen Schulden niedrig. Doch falls die Zinsen wieder steigen oder ein anderes Problem entsteht, könnten die Konzerne von heute auf morgen am Rand der Zahlungsunfähigkeit stehen – mit unberechenbaren Folgen für die Arbeiter und die gesamte Wirtschaft.

Doch was interessiert die Manager und Aktionäre, was morgen kommen könnte? Für sie zählt nur der Profit von heute.

Ihr ganzes System beruht auf grenzenloser Verantwortungslosigkeit der kapitalistischen Klasse. Wir dürfen die Entscheidungen über unsere Arbeit, über unser Leben und über die ganze Wirtschaft nicht in ihren Händen lassen!

Freie Fahrt für hohe Mieten

Die neue NRW-Landesregierung schafft die sogenannte „Mietpreisbremse“ ab. Die war zwar kaum mehr als ein Alibi-Gesetz, denn sie hatte so viele Schlupflöcher, dass die Mieten vor allem in Düsseldorf oder Köln trotzdem weiter extrem steigen konnten.

Doch die CDU/FDP-Landesregierung stopft nicht etwa diese Schlupflöcher. Und erst recht versucht sie nicht, die Ursachen – nämlich den Wohnungsmangel – zu bekämpfen und selber preiswerte Mietwohnungen zu bauen, statt alles den privaten Immobilienkonzernen und dem „Markt“ zu überlassen.

Nein, sie schafft im Gegenteil selbst die winzigen Beschränkungen für die Vermieter wieder ab und sendet damit den Immobilien-Haien die klare Botschaft: „Erhöht die Mieten, bereichert euch an den Mietern, so viel und so lange ihr wollt. Ihr habt unsere volle Unterstützung.“

Alles ist erlaubt!

Die LKW- und Reisebusfahrer gehören schon zu den Arbeitern mit den schlechtesten Bedingungen. Ihre Chefs halten sich fast nie an die Gesetze, beuten die Fahrer zu Niedriglöhnen und mit unmöglichen Arbeitszeiten aus.

Die EU will diese extreme Ausbeutung, die bislang zumindest illegal ist, jetzt auch noch legalisieren. Sie will die verpflichtende Erholungspause für die Fahrer über mehrere Wochen hinweg von 2 Tage auf 1 Tag pro Woche halbieren. Die Fahrer müssten dann noch mehr arbeiten und würden noch übermüdet fahren.

Obendrein für weniger Lohn. Denn die EU will erlauben, dass zum Beispiel eine bulgarische Firma, die in Deutschland als Subfirma arbeitet, nicht mehr den deutschen Mindestlohn zahlen muss, sondern nur noch den bulgarischen.

Die EU behauptet, sie schaffe mit diesem neuen Gesetz mehr „Rechtssicherheit“. Ja, die Rechtssicherheit für die Bosse, die Arbeiter rücksichtslos auszubeuten – ganz legal.

Nach dem Häuserbrand in London: Grenfell Tower in Wuppertal

Nachdem Mitte Juni der Grenfell Tower, ein Hochhaus mit Sozialwohnungen, innerhalb von Minuten in Flammen aufgegangen ist und 80 Menschen sterben mussten, wurde bekannt, dass es auch in Deutschland Sozialwohnungen in ähnlich gefährlichem Zustand gibt. Ein Hochhaus in Wuppertal wurde bereits geräumt.

Was in London passiert ist, kann man nicht anders bezeichnen als Mord. Das Haus brannte so schnell, weil die verwendete billige Wärmedämmung hochentzündlich war. 2009 war bereits ein anderes Haus deswegen abgebrannt, wobei 6 Menschen starben. Doch die Immobilienkonzerne wurden nicht einmal gezwungen, von den anderen Hochhäusern die lebensgefährliche Wärmedämmung zu entfernen.

Die Regierungen haben in den letzten 30 Jahren die meisten Gesetze zum Brandschutz abgeschafft. Angeblich, um den Unternehmern „unnötige und investitionsfeindliche Bürokratie“ zu ersparen. Anders gesagt, damit die Unternehmer noch billiger bauen können. Mit dem Ergebnis, dass der Grenfell Tower in London weder Sprinkleranlagen noch Brandschutz-Schleusen und kaum Feuertreppen hatte. Die Brandschutztüren waren obendrein seit langem kaputt, weil auch die Brandschutzkontrollen de facto abgeschafft worden waren.

Um den Immobilien-Konzernen möglichst geringe Kosten und hohe Profite zu ermöglichen, haben die britischen Regierungen die Hochhäuser für Ärmere also systematisch in Todesfallen verwandelt.

Zu alledem kommt noch ihre soziale Verachtung. Die Bewohner von Grenfell Tower, viele ärmere Arbeiter und Migranten, haben immer wieder auf den fehlenden Brandschutz hingewiesen. Die Behörden haben sie ignoriert.

Ja, die sind fast froh, dass nun der „Schandfleck“ aus dem eher reicheren Stadtteil verschwunden ist, in dem zum Beispiel der Fußballstar David Beckham oder Scheichs aus den Golf-Staaten wohnen. Obwohl in dem Stadtteil viele Wohnungen leer stehen, haben die Behörden den Bewohnern des abgebrannten Hochhauses nur Ersatzwohnungen in den armen Außenbezirken von London, ja sogar in 100 Kilometer entfernt liegenden Städten angeboten.

In Deutschland sind die Gesetze zum Brandschutz nicht wie in Großbritannien gelockert worden. Doch das hindert die Immobilienkonzerne nicht daran,

ähnlich lebensgefährliche Hochhäuser zu vermieten – und die Behörden auch nicht, es zuzulassen.

Ende Juni wurde nun ein Hochhaus in Wuppertal geräumt, weil es eine Wärmedämmung wie der Grenfell Tower hat, die Flure zu eng gebaut sind und es nicht einmal eine Brandmeldeanlage gibt. Auch hier hatten sich die Bewohner schon seit langem bei den Behörden beschwert. Erst jetzt aber, nach der Katastrophe in London, reagieren sie.

Überall ist das kapitalistische System in seiner Profitlogik und seiner Verachtung für die Arbeitenden bereit zu morden. muss verschwinden.

Und deshalb gehören Wohnungsbau und Sicherheit, wie alle lebenswichtigen Bereiche der Gesellschaft, in die Hände der Allgemeinheit und unter die direkte Kontrolle der arbeitenden Bevölkerung, die die Häuser letztlich baut und bewohnt.



Hochhaus in Wuppertal mit ähnlich gefährlicher Wärmedämmung wie in London

Drei in einem

Einer der Minister in der neuen NRW-Landesregierung ist Stephan Holthoff-Pförtner aus Essen.

Der ist ansonsten Unternehmer. Er ist einer der Eigentümer der Funke-Mediengruppe, einem der größten deutschen Medienkonzerne, der unter anderem WAZ und NRZ gehören. Außerdem war er bis jetzt Präsident des Verbands Deutscher Zeitschriftenverleger.

Er ist also Unternehmer, Presse und Regierung in einem! Ein gutes Beispiel, wie Politik funktioniert.

Doppelte Ausbeutung

Jeder neunte Rentner zwischen 65 und 74 Jahren muss mittlerweile wieder weiter arbeiten gehen, weil die Rente hinten und vorne nicht mehr reicht.

Und was sagt der Arbeitsminister der neuen NRW-Landesregierung, Karl Josef Laumann dazu? Er findet es „gut, dass sich der Arbeitsmarkt immer mehr auf die alternde Gesellschaft einstellt.“ Er freut sich also, dass der „Arbeitsmarkt“, sprich die Unternehmer, die den Arbeitern mit ihren niedrigen Löhnen im Alter Armutsrenten beschenken, dann diese Arbeiter mit 68 Jahren immer noch weiter ausbeuten!

Das ist die Logik des neuen CDU-Arbeitsministers. Da wissen wir, was uns erwartet.

**Wollen Sie
uns
erreichen?**

DAS ROTE TUCH -
Postfach 10 08 02 - 45008 Essen
E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de Telefon: 0157 – 76493485
www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org

Das Rote Tuch kann man auch abonnieren: für 13 € pro Jahr!